



## **EU Finanztransaktionssteuer ist eine historische Chance für Gerechtigkeit und Solidarität, sagen katholische Entwicklungsorganisationen**

**(Brüssel/Wien, 28 September 2011)** Die EU Kommission hat heute einen Vorschlag für eine EU-weite Finanztransaktionssteuer (FTS) angenommen. Die Koordinierungsstelle der Bischofskonferenz (KOO) ruft gemeinsam mit dem internationalen Dachverband katholischer Entwicklungsorganisationen CIDSE die Finanzminister aller EU Staaten zum Beschluss dieser Richtlinie und Zweckwidmung der Einnahmen für Armutsbekämpfung und Klimafinanzierung auf.

**Bernd Nilles, Generalsekretär der CIDSE** meint: *„Mit diesem ambitionierten Vorschlag der Europäischen Kommission ist ein wichtiger Erfolg für Gerechtigkeit und Solidarität in Sicht. Der Ball liegt jetzt bei den EU Mitgliedsstaaten. Sie müssen ihn aufgreifen und können durch Unterstützung dieser Steuer Geschichte schreiben.“*

Gemäß dem Entwurf soll eine EU-weite Steuer auf eine breite Palette von Finanztransaktionen wie Aktien, Anleihen, Termingeschäften und Derivaten eingeführt werden und auch den außerbörslichen Handel einschließen.

Die **Koordinierungsstelle der Bischofskonferenz (KOO)** gratuliert der EU-Kommission zum mutigen Vorschlag, der durch die Mechanismen der Einhebung den spekulativen Hochfrequenzhandel besonders treffen soll und Einnahmen von rund 50 Mrd. € erwarten lässt.

*„Mit dieser Steuer könnte die Finanzbranche einen angemessenen Beitrag für die Allgemeinheit leisten und die Spekulation eingeschränkt werden.“*; sagt **Heinz Hödl, Geschäftsführer der KOO und Vizepräsident der CIDSE.**

Bezüglich des Verwendungszweckes der Einnahmen bleibt die Richtlinie jedoch vage. Dass diese einfach EU- oder nationale Budgets aufbessern ist für die katholischen Hilfswerke nicht vorstellbar.

*„Damit die Finanztransaktionssteuer den Menschen und unserem Planeten zu gute kommt, darf das Geld nicht nur zum Stopfen von Budgetlöchern verwendet werden. Substantielle Beträge müssen für den Maßnahmen zur Bekämpfung globaler Armut und Klimawandel zweckgewidmet werden.“*; fordert **Hödl.**

Positiv bewertet werden die Vorkehrungen gegen Umgehung der Steuer. Basierend auf dem Ansässigkeitsprinzip sollen alle Transaktionen, an denen Akteure aus einem EU Mitgliedsstaat beteiligt sind, der Steuer unterliegen.

Die Richtlinie könnte auch zur Transparenz und zum schließen von Steuerschlupflöchern von multinationalen Unternehmen beitragen.

---

Rückfragen richten Sie bitte an: Mag.<sup>a</sup> Hilde Wipfel, Koordinierungsstelle der Bischofskonferenz;  
Tel: 01/317 03 21 oder 0676 769 84 32; Weitere Infos: [www.koo.at](http://www.koo.at); [www.cidse.org](http://www.cidse.org)